

Berlin, 24.04.2021

Ein Kommentar zur avisierten Öffnung des Vordereinstieges am 03.05.2021

Die BVG öffnet den Vordereinstieg bei gleichzeitiger Verschärfung der Pandemiemaßnahmen durch die Politik – Das kannst du dir nicht ausdenken...

Wie die BVG nun offiziell bekannt gegeben hat, hat der Vorstand der Berliner Verkehrsbetriebe entschieden den Vordereinstieg für die Omnibusse wieder zu öffnen. Mit dieser Entscheidung legt der Vorstand eine neue Unternehmensstrategie fest, welche, bei allem inhaltlichen Dissens der letzten Jahre, eine neue, für mich nicht vorstellbare Dimension erreicht und mir bisher ausschließlich im privaten Sektor oder zuletzt auch bei dem Schwesterunternehmen BSR mit ihrer ehemaligen Vorstandsvorsitzenden begegnet ist.

Doch bevor ich darauf im Einzelnen eingehe, ein Blick zurück. Mit Beginn der Pandemie hat die BVG umgehend gehandelt und den Vordereinstieg für Fahrgäste geschlossen und sehr schnell umfangreiche Maßnahmen ergriffen, um zu verhindern, dass intern Infektionsketten entstehen. Als Begründung wurde der Schutz der Beschäftigten vorangestellt. Damit dies schnell umgesetzt werden konnte, haben vor allem die Arbeitnehmer_innenvertretungen beteiligungspflichtige Maßnahmen pragmatisch und unbürokratisch gelöst. So sollte es im Krisenfall und bei Gefahr für Leib und Leben in einem sozialpartnerschaftlichen, mitbestimmten Unternehmen laufen, denn am Ende geht es um den Schutz der Beschäftigten.

Warum von dieser Praxis nun in diesem Jahr abgewichen wird, lässt sich nur erahnen. In jedem Fall liegt das Handlungsfeld bargeldloser Ticketverkauf im Vorstand bei der Vorstandsvorsitzenden. Auch wenn der Vorstand in Gänze die Verantwortung trägt und die Kritik aushalten und verantworten muss, so gibt es eine Geschäftsverteilung und daher eine klare Adressatin – Eva Kreienkamp.

Wir durchlaufen in der Pandemie gerade die dritte Welle bei den Infektionen. Neue Virusvarianten breiten sich aus, die Intensivbetten füllen sich. Die Bundesregierung hat soeben ein neues Infektionsschutzgesetz verabschiedet und die sogenannte Notbremse eingeführt und wirkt gerade in Berlin. Diese Regelung gilt vorerst bis Ende Juni. Parallel läuft die Impfkampagne der Bundesregierung nur schleppend, wenn auch mit Lichtblicken, an. Nach heutigem Stand, besteht zumindest die Hoffnung, dass es für alle die wollen ein Impfangebot bis Ende Juni geben soll.

Was bewegt also eine Vorstandsvorsitzende in einer solchen Phase zwingend ein Pilotprojekt zum bargeldlosen Ticketverkauf einzuführen, damit den Vordereinstieg zu öffnen und damit die gelobte Anstrengung des letzten Jahres zu negieren und gleichzeitig einen Konflikt mit den Beschäftigten und ihren gewählten Gremien zu suchen? Ist es das persönliche Image oder ist es doch eine Machtprobe gegenüber dem mitbestimmten Unternehmen? Ich vermute letzteres, denn sonst erklärt es sich nicht, dass die Entscheidung zur Öffnung getroffen wird, obwohl es die Zusage nach unserem offenen Brief gab, dass das Thema am 29.04.2021 im Aufsichtsrat, welcher paritätisch mit AN und AG besetzt ist, nochmal beraten werden soll. Damit wertet die Vorstandsvorsitzende im Übrigen auch die zuständige Senatorin und Aufsichtsratsvorsitzende Ramona Pop und den kompletten Aufsichtsrat ab. Eine Tatsache, die in der Vergangenheit so nicht vorstellbar war.

Als Begründung für die Öffnung wird vom Vorstand der BVG gerne die Studie der TU Berlin vorgelegt. Auch wenn die Studie aus meiner Sicht nicht explizit und umfassend den Fahrer Arbeitsplatz untersucht hat – warum eigentlich nicht - und selbst das Ergebnis unter Idealbedingungen für Fahrgäste das Risiko um bis zu 80 % minimieren kann, bleibt die Frage, warum die Öffnung jetzt passieren muss.

Auch das Argument der Fahrgeldeinnahmen kann hier nicht gezogen werden. Der Einzelticketverkauf stützt sich vor allem auf Touristen und Gelegenheitsfahrten. Der Tourismus findet nach wie vor nicht statt und auch die Fahrgastzahlen insgesamt zeigen, dass die Benutzung der BVG weiter bei rund minus 50% liegt. Unterstellt der Vorstand der BVG vielleicht den Fahrgästen im Omnibusbereich kollektiv das „Schwarzfahren“? Unabhängig davon, kann jeder Fahrgast an Automaten und in Ticketshops nach wie vor Fahrscheine erwerben. Auch ist der bargeldlose Ticketverkauf keine innovative Neuheit, mit der Frau glänzen kann und ist in anderen Städten und Ländern bereits Standard.

Natürlich muss man sich auch die Frage stellen, wie der Senat als Gewährträger der BVG zu dem Thema steht. Das ist im Wahljahr leider leicht zu beantworten. Der Regierende Bürgermeister von Berlin hat über seinen Referenten mitteilen lassen, dass sie sich eine Stellungnahme der BVG zukommen lassen haben. Diese haben sie kopiert und eingeführt und mit dem Satz ergänzt, dass sie sich den Ausführungen anschließen. Wertschätzung und eine ernsthafte Auseinandersetzung sieht anders aus, aber was will man erwarten von einem Regierenden Bürgermeister, der nicht mehr zur Wahl steht. Ob er damit seinen potenziellen Nachfolgern Franziska Giffey oder Raed Saleh einen Gefallen tut, muss jeder und jede für sich beantworten. Ein überwiegender Teil der rund 15000 Beschäftigten hat zumindest im September die Möglichkeit wählen zu gehen. Dass es anders geht, hat die derzeitige Verkehrssenatorin gezeigt. Sie hat sich zumindest die Mühe gemacht, zum Telefon zu greifen und mit dem Gesamtpersonalratsvorsitzenden Lothar Stephan telefoniert und sich die Bedenken angehört und ist auch davon ausgegangen, dass das Thema im Aufsichtsrat der BVG, dem sie angehört, besprochen wird.

Versucht man nun ein Fazit aus den vorliegenden Argumenten des Unternehmens zu ziehen, so kann man nur zu dem Schluss kommen, dass Profilierung, Machtkampf und wirtschaftliche Interessen auf Kosten des Gesundheitsschutzes und der Ängste der Beschäftigten in den Vordergrund gestellt werden. Würde dem nicht so sein, so würde der Vorstand der BVG im Interesse der Beschäftigten mit der Öffnung des Vordereinstieges warten, bis sowohl die Betriebsärzte impfen dürfen und die dritte Welle deutlich abflacht. In Anbetracht dessen, dass die Pandemie seit rund 14 Monaten anhält, ein geringer Zeitraum.

Ich habe daher Verständnis dafür, dass Kolleginnen und Kollegen aus dem Fahrdienst bereits mit Sorge auf die Öffnung schauen und überlegen, ob die Angst und der Umgang mit Ihrer Angst nicht einen Weg zum Arzt rechtfertigen. Der Weg der Arbeitnehmer_innenvertretungen ist ebenfalls zu begrüßen und muss in Zukunft noch konsequenter verfolgt werden. Sozialpartnerschaft ist keine Einbahnstraße. Wenn der Dank des pragmatischen Krisenweges die Unterlaufung der Mitbestimmung und die Ignoranz beim Umgang mit den Sorgen und Nöten der Beschäftigten ist, dann bedarf es in Zukunft einen verstärkten Kampf für die Rechte der Beschäftigten in der BVG.

Eine unbefriedigende Subkultur hat in den Vorstand der BVG Einzug gehalten und treibt mich mit Sorge um.

Mit kollegialen Grüßen
Jeremy Arndt
ver.di-Landesbezirksfachbereichsleiter Verkehr
Berlin-Brandenburg